

Faktenblatt

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)»

Worum geht es?

Der Verein Service Citoyen (offiziell: Verein zur Förderung des Milizengagements) hat am 26. Oktober 2023 die Unterschriften für die Service-citoyen-Initiative eingereicht. Die Bundeskanzlei hat am 21. November 2023 bestätigt, dass die Initiative formell zustande gekommen ist.

Das Initiativkomitee will das Schweizer Milizsystem stärken. Die Initiative schreibt deshalb in Artikel 59 der Bundesverfassung einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt vor, welcher neu unabhängig vom Geschlecht zu leisten wäre. Dieser Dienst würde in erster Linie als Militärdienst oder in Form eines anderen, gleichwertigen und gesetzlich anerkannten Milizdienstes geleistet. Insbesondere die Bestände von Armee und Zivilschutz sollen dabei garantiert sein. Weiter wird die verfassungsmässige Grundlage für eine Dienstverpflichtung von Personen ohne Schweizer Bürgerrecht geschaffen – das Parlament könnte diese in einem zweiten Schritt und bei Bedarf gesetzlich vorschreiben. Bestehende Verfassungsbestimmungen zum Ersatz des Erwerbsausfalls, Ersatzabgabe usw. bleiben unverändert.

Was die Befürworter der Initiative sagen

Zusammenhalt für die Zukunft

Die Service Citoyen-Initiative stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie Rahmenbedingungen schafft, um aktuellen und zukünftigen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen – etwa bei Naturkatastrophen, geopolitischen Konflikten, Migrationsbewegungen, Cyberbedrohungen oder Versorgungsengpässen. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft fördert gemeinsames Engagement persönliche Begegnungen, Vertrauen und Menschlichkeit – besonders in überlasteten Bereichen. Gemeinsame Erfahrungen stärken die Resilienz und vertiefen das Bewusstsein für das Gemeinwohl.

Sicherheit breiter gefasst

Moderne Bedrohungen sind komplex und überschreiten die Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit. Die Initiative ergänzt das vorwiegend militärische Sicherheitsverständnis um zivile Komponenten und folgt einem umfassenden Ansatz. Angesichts globaler Risiken wie Pandemien oder gesellschaftlicher Polarisierung braucht es neue Strategien. Mit der Weiterentwicklung der Dienstpflicht entsteht ein Schutzsystem, das zivile und militärische Mittel kombiniert. Das erhöht die Reaktionsfähigkeit und stärkt langfristig die Resilienz der Gesellschaft.

Alle für alle

Derzeit leistet nur rund ein Drittel der Jugendlichen Dienst, meist Männer im Militär. Die Initiative öffnet neue Wege für alle – etwa im Zivilschutz, als Soldatin, Rettungsschwimmer oder Feuerwehrfrau. Die bisher einseitige Wehrpflicht wird zu einem inklusiven Modell weiterentwickelt, das Gleichstellung fördert und das Potenzial aller einbezieht – auch von Frauen, «Untauglichen» sowie Ausländerinnen und Ausländern. So entsteht ein solidarischer Rahmen, der Vielfalt und Verantwortung vereint.

Starke Milizinstitutionen und Entwicklung von Kompetenzen

Der Service Citoyen fördert eine Kultur der Verantwortung, in der junge Menschen im Rahmen einer Miliz-Grundausbildung zentrale Fähigkeiten für Beruf und Gesellschaft erwerben. Sie lernen, Herausforderungen im Team zu bewältigen und sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Dieses frühe Engagement belebt den Milizgedanken, stärkt das Pflichtbewusstsein und wirkt dem Rückgang freiwilliger Einsätze entgegen. Davon profitieren nicht nur die jungen Menschen selbst, sondern auch Milizinstitutionen, Arbeitgeber und die Gesellschaft als Ganzes – heute und in Zukunft.

Umwelt- und Ernährungssicherheit im Fokus

Nur ein kleiner Teil der Zivildiensttage fliesst heute in Umwelt- oder Landwirtschaftseinsätze – obwohl Klimawandel und Ernährungssicherheit zentrale Herausforderungen sind. Die Initiative mobilisiert gezielt Kräfte, um Natur zu schützen, Kulturlandschaften zu pflegen und regionale Ernährungssysteme zu stärken. Damit wird Resilienz gegenüber Umweltkrisen gefördert und Versorgungssicherheit auf allen Ebenen unterstützt.

Was die Gegner der Initiative sagen

Staat soll sich auf Kernbereich der Sicherheit fokussieren

Die Bewältigung von Katastrophen, Notlagen und Krieg sind Sicherheitsaufgaben, die in die ureigenste Zuständigkeit des Staates fallen. Angesichts der angespannten internationalen Sicherheitslage müssen in erster Linie Armee und Zivilschutz gestärkt werden. Die Initiative will den Sicherheitsbegriff aber auf den Gesundheitsbereich, das Sozialwesen und den Umwelt- und Naturschutz ausweiten und Einsätze zugunsten dieser Bereiche als gleichwertig zum Militär- und Zivildienst anerkennen – nicht wie heute als Ersatzdienst im Falle eines Gewissenskonflikts. Die Mitte findet solches Engagement grundsätzlich eminent wichtig. Diese Wahlfreiheit könnte zu einer Schwächung der Landesverteidigung und des Bevölkerungsschutzes führen – was angesichts der weltweiten Unsicherheit nicht zu verantworten wäre.

Zwang verdrängt Solidarität

Die Initiative schwächt die Freiwilligenarbeit, indem sie persönliche Motivation durch eine allgemeine Pflicht ersetzt. Der auferlegte Zwang limitiert die jungen Menschen darin, ihr Engagement zugunsten der Gemeinschaft selbständig zu wählen und beschränkt so die persönliche Freiheit. Leidenschaft und Enthusiasmus zugunsten einer Sache werden durch die Erfüllung einer Pflicht ersetzt und können so die Kultur der Solidarität, welche zur Freiwilligenarbeit gehört, nachhaltig schädigen. Schliesslich ist es umstritten, ob das freiwillige Engagement gesamthaft gesehen überhaupt rückläufig ist oder ob es sich lediglich verändert.

Arbeitsmarktkonkurrenz

Durch die Ausweitung der Dienstpflicht auf Frauen würde sich die Zahl der Stellungspflichtigen jährlich verdoppeln. Damit würden deutlich mehr junge Menschen dem Arbeitsmarkt temporär entzogen – mit entsprechend hohen volkswirtschaftlichen Kosten. Es ist fraglich, ob die geleisteten Einsätze zugunsten der Gesellschaft diesen Verlust kompensieren könnten. Dies auch im Hinblick darauf, dass viele qualifizierte Personen eher unqualifizierte Arbeit zu leisten hätten – bspw. die Spenglerin als Hilfskraft in der Pflege oder der Informatiker in der Brockenstube. Zumal nicht gesichert ist, dass für diese hohe zusätzliche Anzahl an Personen überhaupt ein reeller Bedarf besteht – eine solche reine «Bürger/innen-Beschäftigung» stünde schliesslich auch in einem potenziellen Konflikt zum Zwangsarbeitsverbot.

Enorme Kosten

Eine Verdoppelung der Dienstpflichtigen würde sich ebenfalls mit Faktor zwei auf die jährlich insgesamt geleisteten Dienstage auswirken. Entsprechend ist anzunehmen, dass sich Erwerbsersatzkosten, Sold und Versicherungskosten ebenfalls verdoppeln würden. Hinzu kämen die höheren Verwaltungskosten für die Rekrutierung, Personalbewirtschaftung und Betreuung der Einsatzbetriebe. Die indirekten volkswirtschaftlichen Kosten, welche durch den Entzug der Personen aus dem Arbeitsmarkt entstünden, müssten schliesslich noch hinzugerechnet werden.

Formale Gleichstellung mit realen Nachteilen

Die Service Citoyenne-Initiative würde die formal bestehende Ungleichheit der Geschlechter bei der Dienstpflicht beheben, hätte in der Praxis jedoch potenziell nachteilige Auswirkungen auf Frauen. Sie würde die bestehende Mehrfachbelastung vieler Frauen verstärken, da diese bereits heute den grössten Teil der unbezahlten Sorgearbeit leisten – etwa in der Kinderbetreuung, Pflege oder im familiären Alltag. Eine zusätzliche staatliche Verpflichtung würde diese Belastung erhöhen, ohne dass die geleistete Care-Arbeit angemessen anerkannt oder kompensiert wird. Besonders betroffen wären alleinerziehende Frauen, die ohnehin unter hohem organisatorischem Druck stehen. Die Initiative führt damit nicht zu mehr Gleichstellung, sondern verlagert bestehende strukturelle Ungleichgewichte zulasten der Frauen. Gleichstellung muss über formale Gleichbehandlung hinaus auch die soziale Realität einbeziehen – die Initiative erkennt diese Dimension.



Empfehlungen

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative abzulehnen und ihr keinen direkten oder indirekten Gegenentwurf gegenüberzustellen.

National- und Ständerat empfehlen ebenfalls die Initiative abzulehnen und ihr keinen direkten oder indirekten Gegenentwurf gegenüberzustellen.

Der Ständerat traf seinen Entscheid mit 34 zu 8 bei einer Enthaltung (Die Mitte: 11 zu 4 Stimmen bei keiner Enthaltung). Der Nationalrat fasste den Beschluss mit 173 zu 18 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Die Mitte: 28 zu 2 Stimmen bei keiner Enthaltung).

Die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) hat abschliessend die Nein-Parole gefasst.